

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und des Ausgabestellen 1 Mk. im Monat, bei Lieferung durch die Boten 1,20 Mk., bei Postbestellung 1,50 Mk. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10. Fernsprechnummer: 101. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. In Halle abdrucken, Verlag oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Abholung der Bezugspreise. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abzugspreis: Die regelmäßige Hauptzeitung 20 Cent, die Spezialzeitung 30 Cent, die Spezialzeitung 40 Cent, die Spezialzeitung 50 Cent, die Spezialzeitung 60 Cent, die Spezialzeitung 70 Cent, die Spezialzeitung 80 Cent, die Spezialzeitung 90 Cent, die Spezialzeitung 100 Cent. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. In Halle abdrucken, Verlag oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Abholung der Bezugspreise. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Nr. 26. 84. Jahrgang. Leipzig-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 31. Januar 1925

## Das alte Lied.

Tag um Tag hält Herriot seine Reden, und es ist jedesmal nur ein neuer Vers mit der alten Melodie. Diesmal war es eine ganze Reihe von Versen, aber der Reiz ist immer wieder derselbe: Deutschland ist nicht entwaflnet und zielt mit dem Dolch nach dem Herzen des friedensbereiten Frankreichs. Immerhin konnte man wenigstens einiges Neue erfahren, das nämlich, was anscheinend die Entente als „Begründung“ für die Nichträumung der Kölner Zone vorbringen will. Was Herriot darüber erzählte, kann nur die erste Frage hervorrufen: Ist das alles? Denn es ist nicht einmal alles wirkliches Material, es sind nicht einmal Tatsachen, für die man einen Beweis antreiben will, sondern es sind nur teilweise unbegründete Behauptungen, wie aus den Ausführungen Herriots selbst hervorgeht. Da sind zunächst die Zeitschriften. Ein Märchen: es war einmal. Vängli und die Zeitschriften abgedruckt. Herriot freilich befreit es, und zwar deswegen, weil eine Züricher sozialistische Zeitung festgestellt haben soll, daß eine große Anzahl deutscher Studenten in der Reichswehr ausgebildet worden sei. Noch schlimmeres ist geschrieben: auf den Unversitäten seien Einschreibebureaus für die Reichswehr eingerichtet worden. Was daran geheim sein soll, bleibt der — „Falschen Presse“ zu sagen vorbehalten: wenn diese ist Herr Herriots Quelle.

Ganz schlimm ist die Geschichte mit der Schutzpolizei sei eine vollkommen militärisch organisierte Streitmacht — also wieder ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag! Das nichtsahnende Frankreich sei zunächst in Doulogne Opfer eines deutschen Raubzugs geworden, indem es die Erhöhung der Ordnungspolizei auf 150 000 Mann genehmigt habe. Zum Dank dafür habe Deutschland die Schutzpolizei nur dem Namen nach geändert, habe sie auch weiterhin zentralisiert und mit — beweglichen Maschinengewehren ausgestattet. Dadurch wird offenbar die Sicherheit Frankreichs mit seinen Landregimentern und Bombenflugzeuggeschwadern aufs fürchterlichste bedroht.

Und nun gar erst das Kriegsmaterial, das Deutschland teils versteckt halte, teils ständig neu produziere! Wie habe Deutschland die Bestandslisten des Kriegsmaterials vorgelegt wollen, oder es habe ihre Vorlegung erschwert. Es ist deshalb mit Sicherheit anzunehmen, daß noch viel Material versteckt ist. Beweis? Nicht. Doch wozu braucht man Beweise, wenn man die Macht hat? Und dann kommt die Aufzählung der einzelnen „Fälle“: es passieren Herrn Herriot ein paar Versen dabei, aber darauf kommt es so gar nicht an. Und weiter der Vorwurf, daß Deutschland die Fabriken von Kriegsmaterial nicht umgesteilt, das Arbeitszeug dafür nicht vernichtet habe. Selbst Krupp habe das nicht getan, obwohl er doch ständig von der Besatzungsarmee kontrolliert wird. Herriot merkt gar nicht, wie ein unglaubliches Armutzeugnis er Herrn Degoutie, dem Führer der Besatzungsarmee, ausstellt. Also — und das ist der lange Rede kurzer Sinn — müßten die Militärenten, die Amerikaner und die Neutralen durch solches Beweismaterial davon überzeugt werden, daß Frankreich keineswegs ein Werk des Hasses anstrebe, wenn es die Fortsetzung der militärischen Kontrolle in Deutschland verlange, sondern nur darum so handeln müsse, weil es seine Ruhe haben will und damit die Ruhe Europas. Und nun gar erst das fürchterliche Schreckgespenst: „Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß in Deutschland der Große Generalstab sich allmählich wieder bildet, der die größte Schuld an den Helatomben des Krieges hat.“ Sonderbar, höchst sonderbar! Vor einigen Tagen noch hat die französische Presse, wie sie es schon seit Monaten tut, der Welt verkündet, daß der deutsche Große Generalstab längst vorhanden sei, immer vorhanden gewesen sei trotz seiner sogenannten Auflösung. Man sieht: Lügen haben kurze Beine.

Und nun kommt etwas, das allem bisher Gesagten die Krone aufsetzt: „Die Abrüstung wird ein leeres Wort bleiben, solange nicht der deutsche Militarismus unterdrückt worden ist.“ Von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten applaudiert man auf das lebhafteste. Dann steht ein Herr Herriot die Reden darüber, daß wir unsere militärische Vergangenheit noch nicht vergessen haben. In Deutschland seien die Seelen noch nicht entwaflnet, so nimmt er die alte poincaristische Phrase wieder auf; also dürfe auch Frankreich nicht abrüsten. Trotz des Vorhandenseins eines demokratischen Deutschlands, dessen Aufgabe gleich der der Demokratien des Westens — und er, Herriot, sehe als Vertreter aller Demokratien die Bekämpfung des Imperialismus und des alten preussischen Militarismus sei. Unerhört sei es, daß es in Deutschland Artikel, Gedichte und Theaterstücke, Neben- und Broschüren gebe, in denen von Frankreich verächtlich gesprochen werde. Unerhört sei, daß man von dem Rheinland spreche, immer wieder sage, daß der Rhein ein deutscher Strom sei. Man hätte doch die Rückkehr des Kronprinzen nicht so leicht nehmen sollen; man hätte doch nicht die Kriegsschuldigen vor einem deutschen Gericht beurteilen lassen sollen; man hätte doch den Mann, der eine schwere Witschuld an der Entfesselung des Krieges trage, nicht das bequeme Leben eines Gentlemanfarmers führen lassen sollen, während vor einem Jahrhundert Napoleon auf einem einsamen Felde hätte sterben müssen.

## Nachwehen des Ruhrkampfes.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags kam heute ein sozialdemokratischer Antrag über die an die Ruhrindustrie gezahlten Entschädigungen für die Ricumlasten zur Sprache. Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium beleuchtete die politisch-wirtschaftliche Situation, wie sie bei Abbruch des passiven Widerstandes im Jahre 1923 sich darbot. Nach Abbruch des passiven Widerstandes haben sich die Industrien des besetzten Gebietes, besonders die Kohlenindustrie, unter dem unmittelbaren Druck der Besatzungsmächte gezwungen, die eigentlich dem Reich obliegenden Reparationslieferungen zunächst auf sich zu übernehmen und aus eigenen Kräften zu finanzieren. Das war nur möglich, wenn die spätere Erstattung dieser Lasten aus Reichsmitteln zugesagt wurde. Das ist durch die damalige Reichsregierung geschehen. In Ausführung dieser Zusage ist die Reichsregierung in dem Maße, wie sich die Finanzlage allmählich besserte, an die Entschädigung dieser Ricumlasten und an die Vergütung der sonstigen Schäden, wie z. B. der erregten Reparationslieferungen und der Regieschäden, herangegangen. Sie hat mit den beteiligten Wirtschaftsgruppen im Laufe der Zeit Abkommen getroffen, durch welche eine Vergütung der etwa auf drei nachgewiesenen Leistungen bzw. Schäden wenigstens zum Teil vereinbart wurde.

Der Staatssekretär gab alsdann die Summen der gezahlten Beträge an. Danach hat der Ruhrbergbau für Ricumlieferungen und erregte Reparationslieferungen rund 550 Millionen erhalten, die chemische Industrie rund 50 Millionen. Der Braunkohlenbergbau, das Maschinenwerk und die Rheinschiffahrt haben für die gleichen Leistungen rund 45 Millionen erhalten. Als Entschädigung auf Grund des Sonderverfahrens wurden rund 70 Millionen veranschlagt, die zum größten Teil noch nicht ausgezahlt sind.

Die Sozialdemokraten und die Kommunisten erklärten, daß alle diese Summen ohne etatsrechtliche Grundlagen ausgezahlt worden seien und verlangten die Vorlegung einer Denkschrift über die Sache und gegebenenfalls die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Regierungsdienstschrift wurde, unter Ablehnung anderer Anträge, so eines Mißtrauensantrages der Kommunisten, angenommen.

Wir brechen ab. Es lohnt nicht, noch ein Wort mehr darüber zu schreiben. Nichts weiter vom Inhalt der Rede, nichts von einem Kommentar zu ihr! Diese Worte Herriots, beinahe hätte wir gesagt: Poincarés, sprechen laut und schallend, daß sie wirklich keines Wortes weiteren Erklärung bedürfen.

## Geldaufhäufung.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)  
Der Stand der Reichsfinanzen am 31. Dezember 1924 war über Erwarten günstig. In den ersten neun Monaten des am 31. März 1925 endenden Finanzjahres haben die Einnahmen bereits die Höhe des Voranschlages für das ganze Jahr überschritten. Der erwartete Fehlbetrag im Reichshaushalt 1924/25 wird also aller Voraussicht nach nicht in die Erscheinung treten. Werden dann die Erfahrungen dieses Finanzjahres bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Finanzjahr 1925/26 zugrunde gelegt, so wird sich wohl auch der bisher angelegte Fehlbetrag von 277 Millionen Mark vermeiden lassen.

Man kann es den Finanzverwaltungen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden nach so viel mageren Jahren nicht so recht verdenken, wenn sie die Gelegenheit benutzen, um sich die Kassen etwas zu füllen. Bekanntlich ist geplant, am 1. April wieder die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamteneinkünfte aufzunehmen, wodurch zunächst einmal von den gesamten öffentlichen Organen größere Geldmittel gebraucht würden. Trotzdem ist es nicht zu billigen, wenn z. B. zahlreiche Gemeinden durch eine plötzliche Erhöhung der Gewerbesteuer mit einem Schlage einen Fonds zu schaffen suchen, der die Auszahlung eines Dreimonatsgehalts am 1. April gewährleistet. Erhöhungen von Abgaben sind in der Regel von längerer Dauer; der Übergang zur Vierteljahreszahlung der Beamteneinkünfte bedeutet aber keine verstärkte Finanzkraftnahme der öffentlichen Kassen, sondern nur eine Zusammendrängung von Zahlungen auf bestimmte Termine. Im Interesse der deutschen Wirtschaft und ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist dringend davor zu warnen, daß Reich, Länder oder Gemeinden eine Geldaufhäufungspolitik treiben. Nach den Erfahrungen mit der Preussischen Staatsbank und dem Postsparkasse (bei der Affäre Kautzky-Barmat) ist das Vertrauen des Volkes auf eine zweckmäßige Verwendung überschüssiger öffentlicher Gelder nicht mehr allzu groß. Statt daß irrendem Vermittler aus der Weiter-

## Gegen eine höhere Aufwertung.

Ein Schritt der wirtschaftlichen Spitzenverbände.

Am 28. Januar sind die Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, der Schiffahrt, des Handwerks und des Bankwesens bei dem Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden, um dessen Aufmerksamkeit auf die wirtschafts- und währungsrechtlichen Bedingungen zu lenken, die sich aus einer über die dritte Steuerreform hinausgehenden Aufwertung von Hypotheken, Industrieobligationen und sonstigen privaten Forderungen sowie aus der unerlösten Erweiterung des Kreises der aufwertungsfähigen Privatforderungen ergeben müsse.

Unter Zustimmung des Vertreters des Reichsbankdirektoriums wurde von allen Verbänden betont, daß eine Erweiterung der Aufwertung die Grundlagen der Währungsstabilisierung sowie die in den Goldbilanzen vorhandenen Unterlagen des Kredits der Wirtschaft im In- und Ausland ernstlich gefährden muß, und daß im weiteren Verlauf solcher Maßnahmen die Steuerkraft der Bevölkerung vor unerföhrbarem Ausmaß geschützt werden müsse.

Es wurde dargelegt, daß die Aufwertungsmöglichkeit für die meisten der hier in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse an der für den Schuldner bestehenden rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Unmöglichkeit, von einem privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Schuldner Aufwertung zu erlangen, scheitern muß. Die Verbände stellen die Forderung, daß dieser Gegenstand ausschließlich vom Standpunkt der Interessen der Gesamtwirtschaft und der Gesamtbevölkerung behandelt wird. Sie verlangen ferner alsbaldige Schaffung einer klaren, alle Zweifel ausschließenden Rechtslage, die diese Verhältnisse den Zufälligkeiten des richterlichen Ermessens in Einzelfall entzieht und namentlich davon absteht, durch schwebendes Eingreifen in erledigte und abgewandelte Schuldverhältnisse Verwirrung und Unordnung in das gesamte Wirtschaftsleben zu tragen.

Verzierung von öffentlichem Gelde große Profite heraus schlagen, sollten sich alle öffentlichen Organe in Deutschland in ihren Finanzansprüchen äußerster Beschränkung unterlegen. Sonst würde der unnormale Zustand eintreten, daß der Staat im Geld schwimmt, während die Wirtschaft teures Leihgeld im Ausland aufnehmen muß. Überspannen Reich, Länder und Gemeinden ihre finanziellen Forderungen, so kann die Spartätigkeit nicht wieder in Gang kommen. Wirtschaftserträge, die nicht verzehrt werden, müssen auf dem Wege über die Sparbanken, Banken oder Kreditgenossenschaften neuer Produktion zugeführt werden. Am allerwenigsten dürfen sie in öffentlichen Kassen aufgehäuft werden, wo sie früher oder später von unerfahrenen oder „großzügigen“ Ministern oder Stadträten vertan werden können.

## Was wird in Preußen?

n. Berlin, 29. Januar.  
Was wir wochenlang im Reich erleben, das wiederholt sich jetzt in Preußen: Hängen und Bangen in schwebender Pein. Morgen soll der neue Ministerpräsident gewählt werden und heute weiß noch niemand, auf wen die Wahl fallen wird. Gewiß: Die Weimarer Koalition, d. h. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, könnte einen Mann ihrer Wahl durchsetzen, da doch mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Kommunisten keinen Kandidaten der Rechtsparteien wählen werden. Aber was wäre damit erreicht? Ein Kabinett aus Mitgliedern der Weimarer Koalition wäre nicht imstande, irgendein Gesetz durchzubringen, weder den Etat noch irgendein anderes Gesetz, sobald die Rechtsparteien den Wunsch sind. Denn in solchen Fällen würden die Kommunisten gegen die Regierung stimmen, ob sie nun von den schwarz-weiß-rot oder von den schwarz-rot-goldenen Parteien gestellt wird.

Wir stehen heute, wo wir vor Tagen standen. Alles hängt vom Zentrum ab, ob es bei der Ablehnung eines Zusammengehens mit den Rechtsparteien beharrt oder nicht. Heute haben die Beratungen der Fraktionen begonnen. Daß schon morgen die Würfelfallen, ist nicht wahrscheinlich, da die Rechtsparteien den Wunsch geändert haben, die Wahl des Ministerpräsidenten um einige Tage, man spricht vom Dienstag, hinauszuschieben.